



Stickstoff- Strategie mit begrenztem Mehrwert

Stickstoff- Strategie mit begrenztem Mehrwert
DBV wendet sich gegen pauschale Dämonisierung der Stickstoffdüngung
"Zur Verringerung von Stickstoffeinträgen in die Luft, den Boden oder das Wasser existiert bereits eine Vielzahl von Regelungen und Instrumenten auf nationaler und europäischer Ebene. Damit hat eine weitere zusätzliche Stickstoff-Strategie keinen echten Mehrwert, auch im Sinne der Vermeidung von Doppelregelungen", erklärte Bernhard Krüsken, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zu den heute vorgelegten Forderungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen SRU. Gerade die Landwirtschaft habe bereits einen erheblichen Beitrag geleistet, wie etwa die seit 1990 erfolgte Senkung der Ammoniak-Emissionen um 23 Prozent und die Reduktion der Nährstoffbilanz-Überschüsse um rund 30 Prozent seit den 80er Jahren. Zudem sei absehbar, dass die derzeit laufende Novelle der Düngeverordnung weitere scharfe Restriktionen bei der Düngung mit sich bringen werde, betonte Krüsken. Der DBV kritisiert scharf die Vorschläge zur Steuerung des Lebensmittelkonsums der Verbraucher durch Mehrwertsteuererhöhungen für Milchprodukte, Eier und Fleisch. "Eine Veggie-Debatte 2.0 ist überflüssig", kritisierte Krüsken die Vorschläge des Sachverständigenrates für Umweltfragen.
Eine pauschale Dämonisierung der Stickstoffdüngung sei nicht hilfreich. Es bestehe Einigkeit, dass Stickstoff als Düngemittel einen essenziellen Beitrag zur Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung gewährleiste, betonte Krüsken. So schätze beispielsweise das Umweltbundesamt, dass heute fast die Hälfte der Weltbevölkerung ihre Ernährungsgrundlage dem Einsatz von mineralischem Stickstoffdünger verdanken. Etwa 30 bis 50 Prozent der landwirtschaftlichen Erträge sind auf die Nutzung mineralischer Dünger zurückzuführen. Zudem müssten Antworten auf bestehende Zielkonflikte geliefert werden, beispielsweise zwischen dem Emissionsschutz und dem Tierschutz bei der Freilandhaltung oder dem Emissionsschutz und der Forderung nach Kreislaufwirtschaft mit Wirtschaftsdüngern. Eine Substitution von Mineraldünger durch Wirtschaftsdünger könne nur gelingen, wenn die Politik auf Bundes- und Landesebene einerseits den Bau von Güllebehältern in Ackerbauregionen voranbringen und einen Beitrag zur Akzeptanz in der Bevölkerung leisten würde. Eine Umweltabgabe auf Stickstoffüberschüsse, wie sie der Sachverständigenrat für Umweltfragen fordert, werde hingegen genau das Gegenteil zur Folge haben. Andererseits müssten Bund und Länder im Rahmen der Düngeverordnung darauf verzichten, die Verwertung von Wirtschaftsdüngern durch Verschärfungen bei der Düngebedarfsermittlung, der Nährstoffbilanz, der Ausbringungstechnik und den Vorgaben zu den Ausbringungszeiten stärker einzuschränken.
Autor: Claire Waldhoff
Deutscher Bauernverband
Copyright DBV
DBV-Pressestelle
Claire-Waldhoff-Str. 7
10117 Berlin
Telefon 030-31904-239
e-mail presse@bauernverband.net
Homepage www.bauernverband.de

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftsstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.